

Landwirtschaft im Kreuzfeuer : was soll ein Bauer kosten? [Fortsetzung]

Autor(en): **Müller, E.R.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für die Schweizer im Fürstentum Liechtenstein**

Band (Jahr): - **(1987)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-937826>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Was soll ein Bauer kosten?

(Fortsetzung aus Heft Nr. 3/1987)

Ausweg: Immer mehr

Wer die wachsende Differenz in dieser Preis-Kosten-Schere ausgleichen, wer sein Einkommen halten, wer es gar noch wie die übrige Bevölkerung verbessern wollte, der hatte als Landwirt nur einen Weg zum Überleben: Rationalisieren, mechanisieren, spezialisieren, konzentrieren, intensivieren, mehr und billiger produzieren – aus Boden und Tieren alles herausholen, was sie unter Einsatz von mehr Maschinen, mehr Kapital, mehr Schulden, mehr zugekauften Futtermitteln, mehr Dünger und mehr Chemie hergeben. Genau das aber wird heute den Bauern und der diese Zwänge verursachenden Landwirtschaftspolitik zum Vorwurf gemacht.

Die moderne, intensive Landwirtschaft hat zu Auswüchsen in der Tierhaltung, insbesondere bei den Schweinen und Hühnern, geführt. Es gibt heute Bauern, die mit keinem oder sehr wenig eigenem Land einen



Mittellandbauern beim Pflügen. (Fotos: Peter Studer; SVZ).

durchrationalisierten Grossbetrieb führen. Das Futter für die Tiere kaufen sie hinzu. Zum Grossteil ist dieses importiert. Neben dem tierschützerischen Aspekt stellen die Kritiker auch die Frage, wieso solche «Tierfabrikanten» vom schweizerischen Agrarschutz profitieren sollen. Im Krisenfall, bei geschlossenen Grenzen, könnten sie gar nicht zur Ernährung der Bevölkerung beitragen.

Umweltschäden

Die intensive Düngung und der Einsatz von Schädlings- und Unkrautvertilgungsmitteln hat zu einer auffälligen Verarmung der Natur geführt. Der Naturschutzbund führt eine lange Liste von bereits ausgerotteten und gefährdeten Pflanzen und Tieren. Ihr Lebensraum wird zerstört – allerdings nicht nur durch die Landwirtschaft-, weil sie nicht zur Kategorie der «Nutzpflanzen» und «Nutztiere» gehören.

Lebensmittelkontrolleure und Konsumenten klagen über Rückstände von Tierarzneimitteln im Fleisch, von giftigen Pflanzenschutzmitteln im Gemüse und im Obst und über zu hohe Nitratgehalte im Trinkwasser. Die biologisch wirtschaftenden Bauern geniessen im Vergleich zu den konventionell wirtschaftenden ein immer besseres Ansehen in der Bevölkerung. Ihre Produkte kennen keine Überschuss- und Absatzprobleme, obwohl sie teurer sind.

Und schliesslich kommt die Landwirtschaftspolitik von einer weiteren Seite unter Beschuss: Die Schweiz ist ein Exportland. Ihre Industrie ist auf freie Waren- und Handelsströme angewiesen. Entwicklungsländer, in die sie Maschinen exportieren will, können die notwendigen Devisen oft nur mit Agrarprodukten verdienen. In der Schweiz treffen die Entwicklungsländer auf geschlossene Grenzen (ausgenommen bei Produkten, die hier aus klimatischen Gründen nicht wachsen). Wie kaum ein anderes Land hat die Schweiz einen Schutzwall zugunsten der eigenen Landwirtschaft errich-

tet. Im Zoll- und Handelsabkommen GATT beansprucht sie für sich zahlreiche Ausnahmeregelungen. Diesen Agrarprotektionismus, der die Exportwirtschaft behindert, hat Fritz Leutwiler kritisiert. Er ist heute Verwaltungsratspräsident bei Brown Boveri in Baden.

Sein Standpunkt trifft sich wiederum mit den Interessen der Grossverteiler und Konsumentenvertreter. Mit dem Argument «Wir wollen uns den Speisezettel nicht vorschreiben lassen» kritisieren sie den Agrarschutz. Es stört beispielsweise, dass ausländische Käsespezialitäten an der Grenze verteuert werden, dass der Weinimport kontingentiert ist und neuerdings, dass der Bauernverband nun auch zusätzliche Importhemmnisse für Wild, Geflügel und Fische verlangt, damit das einheimische Fleisch besser abgesetzt werden kann.

Rezepte für eine bessere Landwirtschaftspolitik gibt es mindestens ebenso viele wie Kritiken, und sie widersprechen sich auch ebenso sehr. Der Bundesrat hat in seinem umfangreichen, 1984 publizierten, sechsten Landwirtschaftsbericht seine Politik als gelungen und erfolgreich geschildert. Mit Blick auf die Europäische Gemeinschaft erinnert er daran, dass die Probleme nirgends kleiner sind als in der Schweiz. Grundsätzlich wolle er deshalb seine Landwirtschaftspolitik nicht ändern.

Unterdessen sind aber Entwicklungen eingetreten, die in Bern wie in Brugg (am Sitz des Bauernverbandes) ein Umdenken eingeleitet haben. Zwei Jahre hintereinander konnten nun die Bauern keine neuen Preisbegehren bei den Hauptprodukten Milch und Fleisch stellen. Die Überschusssituation machte sie zum vornherein chancenlos. Da Preiserhöhungen wie auch Produktionsausweitungen, auch auf weitere Sicht, nicht mehr möglich sind, muss nun die Einkommenssicherung auf einem anderen Weg gesucht werden.

Mit Direktzahlungen aus dem Dilemma?

Bisher hat sich der Bauernverband (unter dem Einfluss der Grossbauern, die von der hergebrachten Preis-Einkommenspolitik profitieren) strikt gegen die Einführung von sogenannten Direktzahlungen gewehrt. Subventionen, die der Briefträger überbringt und die nicht abhängig von einer Produktionsleistung des Bauern sind, kämen einem Almosen gleich.

Direkte Einkommenszahlungen gibt es aber bereits für die Berglandwirtschaft in Form von Bewirtschaftungs- und Tierhalterbeiträgen, und sie werden dort nicht als Almosen empfunden, sondern als gerechtfertigte Bezahlung einer Leistung: Die Bergbauern kultivieren die Landschaft, bewahren sie vor der Vergandung, und sie erhalten unter sehr erschwerten Verhältnissen die Produktionsbereitschaft für den Krisenfall.

Nun hat der Bauernverband in diesem Frühjahr erstmals die Einführung von Direktzahlungen auch für die Bauern im Talgebiet gefordert. Er hat damit eine Wende in seiner Politik vollzogen, die in nichtbäuerlichen Kreisen schon lange empfohlen wird. Man verspricht sich davon, dass der Preis wieder seine Funktion der Produktionslenkung übernehmen kann, dass also die Überschüsse abgebaut werden.

Sind die Bauern durch direkte Einkommenszahlungen vom Produktionsdruck befreit, so lautet die Hoffnung, werden sie nicht nur weniger, sondern auch weniger intensiv produzieren. Das könnte dann mehr Importe von landwirtschaftlichen Produkten ermöglichen, der Industrie bessere Exportchancen eröffnen sowie Umwelt, Natur und Nahrungsmittel von den Spuren der agrochemischen Hilfsstoffe entlasten.

Der Bundesrat, der wie der Bauernverband bisher direkte Zahlungen ablehnte, scheint allerdings von all diesen segensreichen Wirkungen noch nicht überzeugt. Er stellt zwar ab 1988 einstweilen 90 Millionen Franken jährlich in Aussicht, bis Ende dieses Jahres soll aber noch eine 21köpfige Expertenkommission die Auswirkungen von Direktzahlungen und deren rechtliche Ausgestaltung abklären.

E. R. Müller



Weniger Landwirtschaftsbetriebe

wf. Zwischen 1955 und 1985 nahm die Zahl der Landwirtschaftsbetriebe um 42 % von 205 997 auf 119 731 ab. Gleichzeitig sank die Zahl der in der Landwirtschaft haupt- und nebenberuflich tätigen Männer von 439 764 auf 194 218 und der Frauen von 299 952 auf 119 855. Der Rückgang der Betriebe im Berggebiet betrug 31 %, so dass 1985 noch 47 589 Betriebe existierten.